



Wertvollster Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 25 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
einzelnen Seite in Zeitung 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 264. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 8. Juni 1867.

Deutschland.

Berlin, 7. Juni. [Amtliches.] Der königl. Kreisbaumeister Friedrich Wilhelm Lange zu Crefeld ist im gleichen Eigentum nach Gladbach verlegt worden. (St.-A.)

[Polizeiliche Bekanntmachung in Betreff des Attentats.] Das königl. Polizei-Präsidium hat heut folgende Bekanntmachung durch Anschlag an den Säulen zur Kenntnis des Publikums gebracht: Um irrtigen und beunruhigenden Gerüchten vorzubeugen, bringe ich zur Kenntnis des Publikums, daß gestern Nachmittag, als der Kaiser von Russland mit dem Kaiser Napoleon von der Revue zurückkehrte, ein Pole im Bois de Boulogne einen Pistolenabschuss gegen ihn abgefeuert hat. Der Kaiser ist unverletzt. Seine Majestät der König Wilhelm befand sich nicht in demselben Wagen. Der Pole heißt Perowski und hat seit zwei Jahren in einer Werkstatt in Paris als Mechanicus gearbeitet. Er ist verhaftet und der That geständig. Das Pistolen war mit gehacktem Blei geladen und zersprang bei dem Schuß, wodurch dem Thäter die Hälfte der rechten Hand abgerissen wurde. Der Schuß hat das Pferd eines Stallmeisters verwundet, ging bei zwei Kammerfrauen vorüber, ohne sie zu berühren, hat aber eine Frau aus dem Publikum nicht unerheblich verletzt. Berlin, den 7. Juni 1867. Der Polizeipräsident v. Wurmb.

[Der Kriegsminister General v. Roon] hat sich gestern für die Feiertage auf's Land begeben.

[Der Minister des Inneren Graf zu Eulenburg] begibt sich heute für einige Tage auf's Land.

[Der Handelsminister Graf Isenpitz,] der sich von Paris über Köln nach Wiesbaden begeben hat, gedenkt von dort unmittelbar am Dienstag zurückzukehren.

[Die gestrigen Mittheilungen über den Vertrag zwischen den süddeutschen Staaten] werden bestätigt. Der Vertrag ist für die Dauer der Zollvereins-Verträge, d. h. bis Ende 1877, abgeschlossen. Darmstadt's Beitritt, obgleich noch nicht formell vollzogen, ist unzweifelhaft. Der Beitritt Baierns wird zuversichtlich binnen etwa vierzehn Tagen erwartet. Luxemburg bleibt im Zollvereine, wird aber wahrscheinlich keine Abgeordneten für Zollangelegenheiten zum Parlamente schicken, wie Luxemburg auch früher in den Zollconferenzen nicht durch eine besondere Stimme vertreten war.

[Internationaler Concours für Militär-Musik. — Ordens-Statistik.] Das „Militär-Wochenblatt“ bringt nähere Angaben über den in Paris beobachteten internationalen Concours für Militär-Musik. Auf Wunsch des Kaisers wird von hier aus das 2te Garde-Regiment zu Fuß und das Kaiser Franz-Grenadier-Regiment Nr. 2 unter Leitung des General-Musik-Director Weprecht hingeführt werden. Außerdem sind noch 2 russische, 1 belgische, 1 spanische, 1 holländisches Musikkorps angemeldet, andere sieben noch in Aussicht. Es wird von jedem Musikkorps die Ouverture zu „Oberon“ und eine ausgewählte Piece vorgetragen werden. Außerdem bringt das „Militär-Wochenblatt“ eine interessante Ordensstatistik über die Zahl der Orden, welche im letzten Kriege und in Folge desselben, d. h. bis zum März dieses Jahres, an Offiziere der preußischen Armee sowie der Bundesstuppen verliehen worden sind. Die Statistik ist nach den verschiedenen Kategorien der Offiziere geordnet und haben danach Orden erhalten: 109 Generale, 128 Oberste, 111 Oberst-Lieutenants, 228 Majore, 726 Hauptleute, 462 Premier-Lieutenants und 759 Second-Lieutenants. Den Feldzug haben im Ganzen mitgemacht: 120 Generale, 646 Stabs-Offiziere, 1554 Hauptleute und 4806 Lieutenants. Demnach sind 35 v. Et. von allen Offizieren decortiert oder im Einzelnen: 90 p. Et. der Generale, 75 p. Et. der Stabs-Offiziere, 47 p. Et. der Hauptleute und 25 p. Et. der Lieutenants.

= Berlin, 7. Juni. [Das Attentat. — Die Abgeordneten.] Die Physiognomie Berlins erinnerte heute Vormittag in etwas an die bewegten Scenen, welche die Depeschen vom Kriegsschauplatz im vorigen Jahre auf den Straßen hervorgerufen hatten. Das Publikum drängte sich in dichten Gruppen um die Anschlagsäulen, von denen ein Placat, wie jene Kriegsdepeschen, auf feuerrotem Papier gedruckt und mit dem Polizei-Adler versehen, weit hinleuchtete. Der neue Polizei-Präsident v. Wurmb hatte, „um irrtigen und beunruhigenden Gerüchten“ vorzubeugen, das Publikum von dem Attentat auf den russischen Kaiser in Paris genauer benachrichtigt, als die übrigen bisher verbreiteten Nachrichten es vermochten. Nachrichten seitens der hiesigen russischen Gesandtschaft, sowie direkte Anzeigen durch die diesseitigen Polizei-Beamten, welche im Gefolge des Königs sind, mögen der polizeilichen Anzeige als Anhalt gedient haben. Die Nachricht hatte hier eine um so größere Sensation hervorgerufen, als ja die Thatstache nicht außerhalb jeder Berechnung lag, wohl aber allen wohlerwogenen Gründen gegenüber schließlich für unmöglich galt. Sie können leicht ermessen, daß man von nichts Anderem spricht und einhellig die unselige Verblendung des Thäters beklagt, deren Folgen jedenfalls seine Landsleute in Paris am schwersten treffen wird. — Der heutige Sterntag König Friedrich Wilhelm III. ward durch einen Gottesdienst im Mausoleum zu Charlottenburg begangen, zu welchem der Prinz und die Frau Prinzessin Carl von Potsdam herübergekommen waren. — Morgen Vormittag findet in der Kapelle der russischen Gesandtschaft ein Dankgottesdienst für die Errettung des Kaisers statt, wozu das gesammte diplomatische Corps Einladungen erhalten hat. Es heißt, daß der Prinz und die Prinzessin Carl sowie die übrigen königl. Prinzen, welche zur Zeit am Hofe anwesend sind, dabei erscheinen würden. — Der lebhaft bewegte Zeit, welche die erneute Anwesenheit des russischen Kaisers in Berlin, die folgenden parlamentarischen Arbeiten und gar der Besuch des Kaisers Napoleon hier hervorruft, geht jetzt eine große politische Windstille voran. Die Conferenzen der süddeutschen Minister über die Zollvereinssache bilden noch den einzigen Gegenstand der Besprechung und es stellt sich immer mehr heraus, daß man Grund hat, nicht nur mit dem unmittelbaren Resultat der Verhandlungen, sondern auch mit den erwarteten Ausichten für den weiteren Erfolg zufrieden zu sein. Auch das Verhältniß Luxemburgs zum Zollverein hat durch jene Besprechungen eine weitere Befestigung erhalten. — Die Zahl der Urlaubsgesuche seitens der Mitglieder des Abgeordnetenhauses ist eine so große, daß in etwas daran zu zweifeln ist, ob die Mitglieder in der noch zu erwartenden Schlusssitzung in beschlußfähiger Anzahl eintreffen werden. Beleidlich fällt die Dotierung für die Zeit des Urlaubs fort. Zu jenen interessanten Verhandlungen würde die Petition um Aufbung der Universitätsgerichtsbarkeit führen, zumal die Abgeordneten Dr. Gneist und Robben vorbereitet sind, das Referat in umfassen der Weise zu erstatten.

Emden, 5. Juni. [Strike.] Von Seiten der Maurer und Zimmerleute ist hier wahrscheinlich baldigst ein Strike zu erwarten. Diese wollen statt ihres bisherigen Tagelohns von 19 Sgr. 2 Pf. wenigstens 25 Sgr. verdienen und statt um 5 Uhr erst um 6 Uhr beginnen. Ein desfallsiges Geschäft soll erst an den Magistrat geben und, falls solches dort unberücksichtigt bleibt, an die Landdrostei. (Ostfr. 3.)

Minden, 5. Juni. [Die gestern Abend stattgefundenen Verhaftung des Kaufmanns Schreyer] hier macht gerechtes Aufsehen. Soviel bis jetzt bekannt ist, wären fünf für denselben angekommene Briefe auf der Post angehalten, zwei Briefe von ihm beim Baron Stockhausen vorgefunden worden und auch bei der Verhaftung des Couriers in Frankfurt hätte sich ein compromittirendes Schreiben vorgefunden. Man spricht ferner von einer Summe, die er zur Vertheilung an die hannoverschen Legionäre erhalten habe, doch möchten wir diese Angabe stark bezweifeln. S. ist aus Lingen gebürtig, naturalisirter Preuse, Landwehrmann und seit etwa 7 Jahren verheirathet.

(Rb. 3.)

Wiesbaden, 5. Juni. [Die hier lebenden reichen Amerikaner und Engländer] sowie überhaupt die vermögenden Fremden, welche nur zu ihrem Vergnügen hier leben und kein Geschäft betreiben, sollen für ihr sämmtliches Vermögen zur Einkommen- und Klassensteuer herangezogen werden. Sie wollen nur die Quoxt ihres Einkommens versteuern, welche sie zu ihrem Lebensunterhalt bedürfen, und haben dieshalb dem Regierungspräsidenten v. Diest eine Petition überreichen lassen. Wird ihnen diese Vergünstigung nicht gewährt, so dürfen die Meisten Veranlassung nehmen, die Stadt zu verlassen; ein Ausfall für Wiesbaden, der sehr empfindlich wäre.

Darmstadt, 4. Juni. [Die Erklärung], welche der großherzogliche Legationsrat Neidhardt als Regierungs-Commissar in der gestrigen Sitzung zweiter Kammer abgab, lautet:

Es sind für den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund verschiedener Art angeführt worden. Man bat behauptet, daß die Erhaltung der Einheit des Landes einen solchen Eintritt ganz unerlässlich mache. Man hat auf Gefahren hingedeutet, die Oberhessen und seinem Zusammenhang mit den südlichen Provinzen drohen könnten, wenn ein solcher Eintritt nicht bald erfolge. Dieses Motiv dürfte von allen das schwächste sein. Die großherzogliche Regierung hat bereits gerade in den Punkten, auf die es zur Erhaltung des Zusammensetzung der drei Provinzen wesentlich kommt, mit Preußen Vereinbarungen getroffen oder wird solche Verträge in der Kürze abschließen. Eine Militärkonvention und ein Schul- und Trutzbündnis mit Preußen für das ganze Großherzogthum liegt vor. Die Verhandlungen über einen neuen Zollvereinvertrag auf dauernder Grundlage werden in der Kürze beginnen. Das Post- und Telegraphenwesen in den drei Provinzen des Landes gleichmäßig an Preußen abgetreten. Es kann also nur noch von der Einführung von Werken der Gesetzgebung oder gemeinsamer Einrichtungen des norddeutschen Bundes auch in den Provinzen Starkenburg und Hessen handeln. Und hier muß man fragen, was uns abhalten kann, solche Einrichtungen und Gesetze auch südlich vom Main selbstständig oder im Wege besonderer Vereinbarungen mit dem norddeutschen Bunde einzuführen, wenn wir sie gut und nützlich finden, oder was uns bestimmen könnte, wenn wir glauben, daß sie unser Interessen nicht aufzufangen. Hat Rheinhessen etwa weniger zum Großherzogthum gehört, weil seine Gesetze und Institutionen in vieler Beziehung von denen der rechtsrheinischen Provinzen abweichen? Endlich kommt das Consulatswesen in Frage. Unsere Consuln haben seither den Erwartungen der großherzogl. Regierung vollständig entsprochen. Ob unsere Interessen besser werden gehaftet werden, wenn die rheinhess. teilweise hochbefoldeten Consulate an deren Stelle treten, läßt sich bezweifeln. Die großherzogliche Regierung kann wenigstens vorerst keinen Grund finden, den südlichen Theilen des Landes eine Ausgabe für eine Vertretung anzustellen, welche bis dahin in befriedigender Weise unentbehrlich geleistet worden ist. Ein anderer, viel gewichtiger Grund für den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bunde ist der Wunsch, die unterbrochene Einheit des deutschen Vaterlandes wieder hergestellt zu sehen. Es bedarf keiner Sicherung, daß die großherzogl. Regierung diesem Bunde seine volle Berechtigung zugesetzt. Aber würde denn durch einen Beschluss, wie ihn die Antragsteller verlangen, dieser Wunsch seiner Erfüllung näher gebracht werden? Hier das directe Gegenteil. Ein bessches Mitglied des norddeutschen Parlaments bat uns die Bionniere genannt, die berufen seien, an der Überbildung des Mains zu arbeiten. Es hat unsere dermalige politische Stellung zur Errichtung dieses großen Zweckes eine vorzugsweise günstige genannt. Diese Worte sind wahr und staatsmännisch. Im Vereine mit unseren süddeutschen Stammesgenossen einen möglichst engen Anschluß an den norddeutschen Bunde anzubauen, das ist unsere Aufgabe, an der wir mit redlichem Willen arbeiten wollen. Aber werden wir das auch dann können, wenn wir durch unabdingten Eintritt des ganzen Landes in den norddeutschen Bunde auf die Freiheit unserer Action verzichtet, wenn wir das Recht zu jedem selbstständigen Schritte in der angegedeuteten Richtung an den mächtigsten norddeutschen Bundesstaat abgetreten haben? Oder glaubt man vielleicht, daß uns dann in Süddeutschland unsere Bemühungen anders, als etwa mit Hinweisung auf die Fabel vom gezähmten und vom wilden Pferde, beantwortet werden würden? Es find das die Erwagungen, welche sich die großherzogliche Regierung bei Prüfung des vorliegenden Antrags, neben der sehr wichtigen finanziellen Frage, zunächst vorzulegen hatte. Über den Geldpunkt ist Ihrem Ausschuß eine vorläufige Mittheilung gemacht worden, auf die man hier wiederholt verweist. Aber werden wir auch über diese Bedenken hinweggehen, wollten wir, um Deutschland einen glänzenden Beweis patriotischer Opferwilligkeit zu geben, die sicherlich nicht liberal Nachahmung fände, einen so Fortsetzung des Großherzogthums vielleicht verhängnisvollen Schritt, so würden doch Hindernisse viel ernster Natur die großherzogl. Regierung abhalten müssen, dem Antrage, wenigstens dermalen, zuzustimmen. Es bezieht sich diese Bemerkung auf Art. 4 des Prager Friedens. Der königl. preuß. Herr Ministerpräsident hat in seiner auf die Interpellation des Herrn Grafen v. Solms-Laubach und Genossen im norddeutschen Reichstag gegebenen Antwort gesagt, wie er nicht glaube, daß Österreich gegen den Eintritt des südlich vom Main gelegenen Theile des Großherzogthums Einsprache erheben werde. Er hat damit das Recht zu einer solchen Einsprache implizit anerkannt. Nach den Worten des Prager Friedens kann auch in der That dieses Recht nicht zweifelhaft sein. Die Voraussetzung des Herrn Grafen v. Bismarck ist indefens nicht eingetroffen. Österreich hat sogar in weiterem Umfange, als dem des vorliegenden Antrages, auf den Art. 4 des Prager Friedens Bezug genommen. Die großherzogl. Regierung aber kann, unterrichtet von der Auffassung wenigstens einer der bei dem Prager Frieden beteiligten Mächte, unmöglich die königl. preußische Regierung erlauben, über einen kaum abgeschlossenen Vertrag hinwegzugeben und so das gute Einvernehmen mit bestreutenden Nachbarstaaten um einer relativ unbedeutenden Ausdehnung des norddeutschen Bundesgebietes willen zu trüben. Das hieße der königl. preußischen Regierung, welche so eben der Erhaltung des europäischen Friedens Opfer gebracht hat, zu viel zumuthen und unfreie Einsicht oder unseres Willen einem wenig günstigen öffentlichen Urtheil auszusetzen. Hierauf hält also die großherzogl. Regierung den gegenwärtigen Moment für ungeeignet, um den Anträgen der Herren Abgeordneten Goldmann und Genossen, sowie der Herren George und Bamberger Folge zu geben und den sofortigen Eintritt in den norddeutschen Bunde in Erwägung zu ziehen.

Trotz dieser Erklärung hat jedoch die Kammer den Goldmannschen Antrag, welcher den Eintritt des gesamten Großherzogthums Hessen in den norddeutschen Bunde befürwortet, mit 32 gegen 15 Stimmen angenommen. Die Einführung der norddeutschen Bundesverfassung in die zum Bunde gehörige Provinz Oberhessen wurde mit allen gegen 3 Stimmen genehmigt, der Antrag des Frhns. v. Gagern auf

Herstellung eines ganz Deutschland umfassenden Bundes mit 43 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

München, 5. Juni. [Die Unsicherheit] nimmt leider hier zu Lande erschreckende Proportionen an. Raub, Diebstahl, Kirchenraub und Bettel sind an der Tagesordnung; fast kein Tag vergeht, ohne daß die Zeitungen zu melden haben, daß da und dort eingebrochen, daß da und dort ein Tabernakel erbrochen, die heiligen Gefäße zusammengeschlagen und das Wertholle mitgenommen worden. In Schwaben und Altbaiern scheint eine ganze wohlorganisierte Diebesbande zu bestehen, die sich ausschließlich mit Kirchenraub befähigt. Leider ist es bis jetzt bei unseren seltsamen Gesetzen, durch welche den Sicherheitsmannschaften völlig die Hände gebunden sind, noch nie gelungen, auch nur einen von dieser Bande zu erwischen, die sehr rübrig ist und vor Kurzem j. V. gleich drei Kirchen an einem Tage ausraubte. (R. Pr. 3.)

Oesterreich.

Pest, 6. Juni. [Zur Krönung.] Der Kaiser hielt bei der Rückgabe des unterzeichneten Inaugural-Diploms folgende Rede:

Das durch die Magnaten und Abgeordneten Uns unterbreitete Inaugural-Diplom nehmen Wir gnädig an, und übergeben es mit Unserer Unterschrift versehen Euer Gereuen zum Gebrauch der Juatifikirung.

Auf die Einladung zur Krönung antwortete der Kaiser:

Mit Vertrauen wandten Wir Uns an die Nation, als Wir sie zur Beisetzung der aus den Schwierigkeiten der Situation entstehenden Hindernisse beriefen. Unter getreues Admireng Ungarn entsprach vollkommen dem in dasselbe gesetzten Vertrauen. Jetzt ist mit Gottes Hilfe und durch die auf richtige Mitwirkung des Landtages der Unserer väterlichen Herzen erfreuliche Zeitpunkt gekommen, wo Wir Unser die Majestäts- und verfassungsmäßigen Rechte gleichmäig sicheres Inaugural-Diplom herausgeben, und durch Unsere dem abitiven gesetzlichen Gebrauche gemäß feierliche Krönung sichern können. Es ist nicht möglich, daß das, was der König und die Nation mit aufrichtigem Einvernehmen gefestigt haben, nicht dauernd und bestand sei. Die allgemeinen Wünsche Unseres geliebten Königreiches Ungarn erfüllend setzen wir den 8. d. als den Tag Unserer Krönung an. Mit Freuden gewähren Wir auch die Bitte des Landtages, daß bei dieser Gelegenheit zugleich unsere Durchlauchtige Gemahlin zur ungarischen Königin gekrönt werde.

Die Kaiserin antwortete:

Wir Freuden erfüllen ich den durch Sie kundgegebenen Wunsch der Nation, welcher mit Meinem eigenen heissen Wunsch zusammenfällt, und ich sege die Vorlelung, daß Sie Mich diesen erhabenen Moment erleben ließ. Bringen Sie Ihren Committenten Meinen aufrichtigen Dank und Meinen herzlichen Gruß.

Diese Antworten erfolgten auf die betreffenden Ansprüchen des Primas bei der heute Mittags stattgefundenen Aufwartung beider Landtagshäuser.

Auf die Bitte des Primas, Se. Majestät möge die Wahl des Grafen Andrássy zum Palatin-Stellvertreter bei der Krönung genehmigen, erwiederten Se. Majestät ungefähr Folgendes: Ich bestätige die Wahl. Sie konnten keine bessere treffen.

Nachmittags 3 Uhr fand die Übertragung der Kronsignien in die a. h. Appartements statt.

Abends 5 Uhr ist Uffahrt der Damen der hohen Aristokratie zu einem Trete bei der Königin.

Aus Nordösterreich, 5. Juni. [Der Reichsrath und die Situation. — Die Forderungen der Polen. — Graf Reverteras Entschlüsse. — Deutsche Hintergedanken.] Die ersten Sitzungen des Reichsraths haben uns gerade nicht in dem Glauben bestärkt, es werde dieser Körperschaft vorbehalten bleiben, den staatlichen Aufbau Österreichs inmitten des trostlosen Schutts und Geißels zu vollführen, welches in erschreckendem Umfange die neunjährige Experimentalpolitik der Regierung übrig gelassen. In einem Punkte sind freilich alle Nationalitäten und Parteien einig — in dem Punkte nämlich, daß es mit Österreich schlimm stehe, und diesem Gefühl gibt auch der Adressentwurf in Worten Ausdruck, welche gleichsam als ein verzweiflungsvolles Notignal des sinkenden Staatsstiftes zu betrachten und die Gefahr weit wirksamer kennzeichnen, als lange parlamentarische Diskussionen. Wir meinen nämlich jenen Passus der Adresse, wo es wörtlich heißt: „man könne und dürfe es nicht verborgen, daß Österreich an einem Wendepunkt sich befindet, welcher für seine ganze Zukunft, ja für seinen Bestand entscheidend sei“. Wie aber dieser „Wendepunkt“ — oder richtiger gesagt: diese drohende Staatskrise — glücklich umschiff werden soll, darüber herrscht nach wie vor unversöhnlicher Streit und Zank, die jedes positive Rettungsmittel — wenn es wirklich noch eines gäbe — von vornher ausschließen müßten. Mit einem Worte, die gegenwärtige politische Situation läßt in ihrer Trostlosigkeit sich in kurzen Zügen zusammenfassen. Im Reichsrathe kämpfen Deutsche gegen Slaven und umgekehrt, und verschlingen lange Serien politischer Reformvorschläge mit abstrakter Nationalautonomie zu einem unlösabaren Knoten. Im ungarischen Landtage liefern die jüngsten Demonstrationen der linken Seite des Hauses den thatsächlichen Beweis, daß die separatistischen Tendenzen und die Beschlüsse des Debrecziner Landtages von 1849 noch nicht vergessen, wiewohl einige seiner Zeit in contumaciam „zum Strange“ oder „zu Pulpa und Blei“ verurteilte Tories sammt Hrn. Pulszky unter die Regierungsleute sich gemischt. — Was die polnischen Abgeordneten im Reichsrathe betrifft, welche eine über dreihundert Köpfe starke compacte föderalistische Gruppe bilden, so werden sie demnächst die Regierung zu einem endgültigen Ausprache bezüglich der autonomen Forderungen Galiziens veranlassen. Von der Antwort der Regierung wird dann das Verbleiben der Polen im Reichsrathe abhängen. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, hat der polnische Abgeordnetenclub beschlossen, vor Allem einen nationalen Minister in Wien mit Sitz und Stimme im Ministerrathe — die Einführung der polnischen Sprache in allen Schulen Galiziens sowie in allen Amtshäusern — die Errichtung eines obersten galizischen Gerichtshofes in Lemberg und eines eigenen nationalen Unterrichtsraths zu fordern. — Nach einigen Andeutungen, welche aus diplomatischen Kreisen transpirirt, soll in unserem Ministerium des Neustern über die Entschlüsse, welche Graf Reverteras, österreichischer Gesandter am russischen Hofe, aus Peterburg über die dortigen pan-slavischen Tendenzen nach Wien gebracht, große Bestürzung herrschen. Man behauptet sogar, daß jene Mittheilungen so schwach Natur, daß Graf Reverteras Anfang nahm, sie einem Courier zu vertrauen, weshalb jener zu einer geheimen Conferenz sich persönlich nach Wien begab. — Schließlich will ich noch einen höchst merkwürdigen Aufruf eines deutsch-österreichischen Parteiblattes — des Grazer „Telegra“ — registrieren, welcher zumal für Preußens Interesse bieten dürfte. „Wir müssen uns entweder mit dem Aufgeben Österreichs“ — schreibt das genannte Blatt — „für den seiner Zeit erfolgenden Heimfall an Deutschland bereit halten oder dahin streben, in Österreich uns Deutschen wieder

